

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Hauspostamt: Dresdner
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, H.-G. Dresden,
Gebr. Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verlagspreis: 30 Pf. die 30 mm breite Monatspreisliste 20 Pf. für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnement, Stellen- und Briefgebühren 40 Pf. Abgabe für Vertriebsleistung 10 Pf.

Nr. 71 Dresden, Freitag den 23. März 1928 39. Jahrg

Zerfetzte Legende

Der Hieb gegen die Oberste Heeresleitung

Die Dolchstoßlegende ist tot. Der Reichstagsausschuß, der berufen war, Feststellungen über die Kriegsschuld vorzunehmen, hat gesprochen und am Donnerstag das Ergebnis seiner Arbeiten veröffentlicht. Jeder Satz widerlegt die Legende von der Erdbebung der Front durch die Heimat und von der bolschewistischen Agitation im Meer.

Der Heeresleitung wird nicht bestätigt, daß sie in den entscheidenden Phasen des Krieges richtig gehandelt hat, ihr wird lediglich der gute Glaube zugesprochen, daß sie dem Vaterland dienen wollte. Nachdem dann der Kampffront bezeugt ist, daß sie bis zuletzt alles geleistet hat, was in ihren Kräften stand, kommt ein offenkundiger Hieb gegen die Oberste Heeresleitung, der um so bezeichnender ist, als auch die Deutschnationalen für ihn gestimmt haben:

„Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der Obersten Heeresleitung verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Fortwärtens anstand. Sie verteilte über keine Persönlichkeiten, die sich gegen den Willen der Obersten Heeresleitung durchzusetzen vermochten.“

Mit der von Sozialdemokraten organisierten Matrosenrevolte von 1917 ist es auch nichts. Unter Zustimmung der Deutschnationalen wird darüber gesagt:

„Ein Beweis dafür, daß führende Persönlichkeiten der Matrosen zu ihren Handlungen angereizt hätten, sei nicht erbracht worden. Nach den Vorgängen im Sommer 1917 hätten revolutionäre Organisationen an Bord nicht bestehen lassen. Es konnten auch keine Beweise dafür erbracht werden, daß noch weiterhin auf der Flotte im Sinne von Verharmlosungen agitiert worden ist.“

Was zum Herbst 1918 hätten die Leistungen der Marine- und Luftwaffe nach dem Urteil hoher und höchster Vorgesetzten allen Anforderungen entsprochen. Auch mit den Feststellungen des Ausschusses zum Kieler Aufstand der Revolution von 1918 können diese Dolchstoßlegende nichts anfangen. Unter Zustimmung der Deutschnationalen ist festgestellt:

„Zu Beschwerden über die Leistungen der Marine- und Luftwaffe im Herbst 1918 hatten unabweisbar Anlaß darin, daß die betreffenden Kommandanten, innerlich zermürbt und von den Bewegungen im Lande erfaßt, glaubten, daß auch eine siegreiche Seeschlacht am Ausgang des Krieges nichts mehr ändern könne und daher die Flotte aus Verhängnisgründen eingeleitet werden sollte. Selbstverständlich hätten diese Auffassungen in Mannschaften durch Einwirkung von außen her eine Stütze und Kräftigung erfahren. Soweit die Rolle der Matrosen in der Revolution in Frage kam, hätten die Matrosen im November 1918 zunächst keine auf Umwälzung der Staatsform hinzielende Richtung gehabt. Sie erhielten erst im Laufe der Revolution einen deutlich erkennbaren politischen Charakter. Eine zentrale Leitung oder eine Vereinbarung mit verschiedenen politischen Stellen wurde nicht offenbar. Die Revolution in Kiel bildeten den Auftakt zur allgemeinen deutschen Revolution. Daß die Matrosen jedoch von sich aus überall die Revolution veranlaßt hätten, trifft nicht zu.“

Tamit ist die Dolchstoßlegende ein für allemal zerfetzt. Aber sie wird wiederkommen, und für diesen Fall ist es gut, daß diese wichtigen Stellen aus den Entschuldigungen des Unterstaatssekretärs zu merken.

Krach im Heldt-Blut

Ein Ultimatum der Wirtschaftspartei — Der sozialdemokratische Auflösungsantrag

In der gestrigen Landtagsitzung haben unsere Parteigenossen, wie bereits mitgeteilt, einen Auflösungsantrag eingebracht, was zur Folge hatte, daß die Kommunisten aus Konkurrenzrücksichten sofort ebenfalls mit einem Auflösungsantrag auf dem Kampfplatz erschienen. Es wäre ja nicht zum ersten Male, daß in diesem Landtag ein Auflösungsantrag gestellt würde, und bisher haben derartige Anträge den Leuten von der Heldt-Koalition nicht viel Kopfzerbrechen bereitet. Sie haben sie einfach abgelehnt und damit war die Angelegenheit erledigt.

Diesmal aber dürften diese Auflösungsanträge, über die am 19. April abgestimmt werden soll, den Heldt-Parteien weniger angenehm sein, wenn man auch annehmen kann, daß diese Parteien auch jetzt noch versuchen werden um die Auflösung herumzukommen. Aber es sieht vorläufig nicht so aus, als wenn ihnen das diesmal ganz so leicht fallen würde als bisher, denn in der Heldt-Koalition ist der wunderlichste Krach ausgebrochen, und es scheint vorläufig keine Aussicht darauf zu bestehen, daß man die Schwierigkeiten überwindet. Die Wirtschaftspartei hat bekanntlich mit ihrem Austritt aus der Koalition gedroht, wenn die Hausbesitzerforderungen nicht erfüllt werden. Auch die interfraktionellen Verhandlungen, die gestern stattfanden, haben zu keiner Einigung geführt. Die Wirtschaftspartei hat vielmehr den übrigen Koalitionsparteien ein Ultimatum überreicht. Ueber die Vorgänge in der gestrigen interfraktionellen Sitzung wird uns folgendes berichtet:

Der Schlußteil der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien wurde gegen 18 1/2 Uhr eröffnet, nachdem man lange auf die Wirtschaftspartei gewartet hatte. Sie erschien endlich in Stärke von fünf Mann, darunter der Finanzminister. Der Fraktionsführer, Abgeordneter Kaiser, schwenkte einen Bannfleck mit der formulierten Erklärung in der Hand und kündigte der Presse an, daß er ihr nach der Sitzung geben werde. Die Verhandlungen dauerten dann bis kurz vor 19 Uhr. Der Rest wurde aber nur mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch nicht beendet werden könnten und daß sie am Montag fortgesetzt werden würden. Von dem Ultimatum wurde kein Wort mitgeteilt und sogar versucht, die Veröffentlichung zu verhindern. Wie wir erfahren, verlangt das Ultimatum binnen 18 Stunden die Zustimmung aller Parteien zur Erhöhung des Staatsverschuldungsantrags an der Warte, andernfalls Finanzminister Weber aus der Regierung zurückzutreten werden würde. Da der Sonnabend ein ungeeigneter Verhandlungstag ist, wurde das Ultimatum schließlich bis Montag verlängert. An eine Annahme ist nicht zu denken, da die Demokraten neuerdings die Ablehnung der Hausbesitzerforderungen beschlossen haben und auch Aufwärtler und Sozialisten mindestens vor den Wahlen keine Erhöhung bewilligen wollen oder können. Man wird daher mit dem Austritt des Finanzministers Weber Anfang nächster Woche rechnen können.

Wenn die Wirtschaftspartei so energisch geworden ist, so wohl deswegen, weil sie sich in einer Zwangslage befindet, der sie kaum entweichen kann. Nicht gerade glorreich ist bisher die politische Laufbahn der Wirtschaftspartei in Sachsen gewesen. Von den Hoffnungen, die ihre Leute auf sie gesetzt haben, hat sie nicht viel erfüllen können. Man erwartete von ihr Steuererleichterungen, aber der Finanzminister, der aus ihren Reihen hervorgegangen ist, mußte ihnen immer wieder erklären, daß an Herabsetzung der Steuern nicht zu denken sei. In dieser Beziehung hat also die Wirtschaftspartei völlig enttäuscht. Ein Teil der Gewerbetreibenden

ist durch die von der Wirtschaftspartei betriebene Lockerung der Zwangswirtschaft schwer geschädigt worden. Wiederholt hat sich gezeigt, wie groß die Entrüstung der Gewerbetreibenden über die Wirtschaftspartei ist, so daß diese sogenannte „Reichspartei“ für den deutschen Mittelstand aus den Kreisen der Geschäftsleute kaum noch allzuviel Stimmen bekommen wird. Es blieben als ihre Stammtuppe die Hausbesitzer, die jetzt vom 1. April an erhöhte Hypothekenzinsen zahlen müssen und deshalb von ihrer Wirtschaftspartei erwarten, daß sie auch für erhöhte Einnahmen sorgt. Jetzt rächt es sich an der Wirtschaftspartei, daß den Hausbesitzern die Entschädigung für die Erhöhung der Hypothekenzinsen, die vom 1. Januar dieses Jahres eintrat, vorzeitig gegeben wurde. Begreiflich ist es, daß sehr viele Hausbesitzer sehr wenig davon erbaut sind, daß ihre Einnahmen jetzt wieder vergrößert werden. Gabe die Wirtschaftspartei noch, so würden ihr wahrscheinlich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auch die Hausbesitzer davonlaufen. Die Koalitionsparteien kann kaum zurück, und wenn diejenigen Koalitionsparteien, mit denen sich die Wirtschaftspartei wegen des Hausbesitzeranteils in den Haaren liegen, fest bleiben, so wird dem Kaiser und Kompanie nichts weiter übrigbleiben, als zunächst ihren Weber aus dem Ministerium zurückzuziehen. Scheidet aber damit die Wirtschaftspartei aus der Koalition aus, so ist es mit der Mehrheit der Heldt-Koalition vorbei.

Fraglich allerdings bleibt, welche weiteren Folgerungen die Wirtschaftspartei aus der Sachlage ziehen werden. Es wäre eine jämmerliche Halbheit, wenn sie zwar ihren Minister zurückzögen, die Heldt-Regierung aber noch weiter unterstützten. Deswegen wird der 19. April, an dem über die Auflösungsanträge abgestimmt wird, für die bisher in Sachsen regierenden Parteien möglicherweise ein recht kritischer Tag werden. Bei der Wirtschaftspartei wird es jedenfalls ein sehr schweres Kopfzerbrechen darüber geben, wie man sich zu dem Auflösungsantrag verhalten soll. Die Herrschaften werden zwar Zucht haben vor dem, was kommt, wenn der Landtag aufgelöst wird, doch dürften sie sich auch darüber klar sein, daß sie den Rest ihres Ansehens — wenn es so etwas überhaupt noch gibt — verlierten, wenn sie das schwere Geschäft eines Ultimatums aufzuführen und ihren Minister aus der Regierung zurückzuziehen, dann aber es doch der Heldt-Koalition möglich machen, ihr Leben weiterzuführen. Und die Reichstagswahlen stehen nun einmal vor der Tür.

Darüber, daß der sächsische Bürgerbund-Landtag schon längst zum Sterben reif ist, braucht an dieser Stelle kaum ein Wort verloren zu werden. Die ganze Heldt-Koalition war nicht möglich, wenn es den Renegaten von der NSD nicht gelungen wäre, vier Mandate zu ergattern, und diese Mandate konnten sie nur bekommen, weil es ihnen gelungen war, einen Teil der Wähler zu täuschen. Die ganze Herrschaft der Heldt, Kaiser, Krug von Ridda ist also auf einen Betrug der Wähler aufgebaut, und ein wie jämmerliches und unfruchtbares Gebilde die Heldt-Koalition ist, das hat sie genügend gezeigt. Die große Mehrheit der sächsischen Bevölkerung würde es mit großer Freude begrüßen, wenn endlich dieser Mißgeburt von einem Parlament ein Ende bereitet würde, damit in Sachsen eine Volkvertretung geschaffen werden kann, deren Zusammensetzung dem Willen der Wähler entspricht.

Badisches Zentrum.



„Den Erzberger haben die andern um die Ecke gebrochen, mit dem Wirt werden wir alleine fertig!“

Der russische Abrüstungsvorstoß

T. Genf, 22. März. (Eig. Draht.)

Litwinow's Antwort auf die Debatte über den russischen Abrüstungsvorstoß griff die drei Hauptargumente gegen sich heraus und zerprüfte sie in geschickter, um nicht zu sagen gereicher Weise. Auf die Anpreisungen der Chelidner des russischen Vorschlags erwiderte er, dem Einfall der Bolschewisten in Georgien und die Buhara pempt vergessend, daß Sowjetrußland sich seit seinem Besuche an keinem Angriffszug und auch an keiner bewaffneten Intervention, wie z. B. die britische Flotte in China, beteiligt habe.

Er wünschte nichts ehrlicher, als daß die Menschen nicht mehr dem Wahls Krieg gewisser würden.

Sowjetrußland habe als erstes Land im Weltkrieg Frieden geschlossen. Es habe den sich gegen Rußland nennenden Alliierten, zu denen England gehörte, den Frieden angeboten. Schon 1922 habe es in Genoa die allgemeine Entwaffnung vorgeschlagen. Das Ausland erst jetzt an der Abrüstungskommission teilnehmen. Das Ausland besäße den Vorschlag, der es nicht eher eingeleitet habe. Die Frage, ob England aus schierer Friedensliebe hier sei, wolle er nicht weiter erörtern. In dem Argument, daß die Totalverpflichtung außerhalb des Rahmens der Arbeit der Kommission liegt, und sogar dem Völkerbund nicht widerstrebe, meinte Litwinow, es gäbe keine größere Entwertung und Sabotage des Völkerbundes, als dies zu behaupten und die Völkerbundverpflichtungen als Hindernis für die Abrüstung anzusehen, wie es Litwinow und andere getan hätten. Sowjetrußland stünde nicht allein mit der

Ansicht, daß es sich den Verpflichtungen und den Entscheidungen des Völkerbundes nicht unbedingt unterwerfen könne. Auch die Vereinigten Staaten beteiligten sich an der Abrüstungsarbeit, ohne sich damit dem Völkerbund zu unterwerfen.

Sehr aggressiv äußerte sich Litwinow zu

der Frage des Bürgerkriegs

und zu den Befürchtungen, daß die vollständige Entwaffnung zu Revolutionen führen würde. Rußland sei nicht eingeladen worden, um eine Konvention gegen den Bürgerkrieg auszuzeichnen, sondern um die Abrüstung der Ozeere vorzunehmen. Er wolle nicht, was der Rußener damit meine, wenn er erst die soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Nationen hergestellt haben wolle, ehe man zur Abrüstung übergehen könne. Vielleicht aber meine er damit, daß die letzten Friedensschlüsse ungerichtet seien und revidiert werden müßten. Wenn der holländische und der polnische Delegierte behaupten, nach Abschaffung der Ozeere würden die Rüstungen mit Maschinen und Revolvern aufeinander losgehen, so behaupte er, daß sie von ihren Bevölkerungen eine so schlechte Meinung hätten.

Bei der Zurückweisung einzelner Einwände der verschiedenen Medien wies Litwinow darauf hin, daß man Deutschland trotz seiner großen Kriegsindustrie in drei Jahren vollständig entwaffnen habe. Es müßte also möglich sein, eine allgemeine Entwaffnung in vier Jahren zu vollziehen. Dem Engländer entgegnete er auf dessen Bemerkung, daß die englische Polizei nur mit Anspornen bewaffnet sei, daß in Japan